

Die Wirtschaft ist beim CO₂-Gesetz gespalten

In beiden Lagern des Abstimmungskampfs spielen Wirtschaftskomitees eine grosse Rolle – doch die Befürworter haben mehr Rückenwind

HANSUELI SCHÖCHLI

Zur Wirtschaft gehören wir alle. Doch im Kontext von politischen Stellungnahmen sind mit dem Begriff «die Wirtschaft» in erster Linie Firmen und deren Verbände gemeint. Das vom Parlament revidierte CO₂-Gesetz, über welches das Volk im Juni abstimmt, sorgt in diesen Kreisen für Dissens. Sowohl bei Befürwortern wie Gegnern spielen Wirtschaftskomitees eine aktive Rolle.

Die Gesetzesrevision soll die Klimapolitik bis 2030 fortschreiben. Das Kernziel ist eine Halbierung des Schweizer Ausstosses von Treibhausgasen bis 2030 im Vergleich zu 1990. Die Gesetzesvorlage enthält eine Mischung aus zusätzlichen Umweltafgaben, verschärften Vorschriften für Gebäude und Fahrzeuge sowie einem Ausbau des Subventionstopfs namens «Klimafonds». Die

CO₂-Gesetz

Eidgenössische Abstimmung
vom 13. Juni 2021

CO₂-Abgabe auf Heizöl und Erdgas beträgt derzeit 96 Fr. pro Tonne; maximal wären 120 Fr. pro Tonne möglich. Mit der Revision soll diese Obergrenze auf 210 Fr. pro Tonne steigen. Zudem wächst der maximale Treibstoffzuschlag von 5 auf 12 Rp. pro Liter. Vorgesehen ist überdies eine neue Flugbillett-Abgabe von 30 bis 120 Fr. pro Flug.

Patt im Gewerbeverband

So erstaunt es nicht, dass im gegnerischen Wirtschaftskomitee namentlich Verbände der Heizöl- und Benzinimporteure, des Autohandels, der Strassentransporteure und der Schweizer Flugplätze sitzen. Diese Branchen spüren die Kosten der Gesetzesrevision direkt. Das Schweizer Gesetzprojekt ist laut den Gegnern nicht nur teuer, sondern auch nutzlos, weil es auf das globale Klima praktisch keinen Einfluss habe.

Auch der Gewerbeverband hatte zunächst das Referendum gegen das Gesetz unterstützt. Doch für den Abstimmungskampf beschloss der Verband die Stimmfreigabe. Denn in der Gewerbestimmungskammer, dem Parlament des Verbands, gab es im Februar nur eine knappe Mehrheit gegen die Vorlage. Die Fronten verlaufen zum Teil quer durch die



Der Klimawandel hat auch die Schweiz erreicht: Dürresommer 2018 am Lac de l'Hongrin bei Château-d'Éx. DENIS BALIBOUSE / REUTERS

Branchen. So hat etwa der Verband Gastrosuisse die Nein-Parole verkündet, da viele durch die Pandemie gebeutelten Hotels und Gastrobetriebe die Mehrkosten aus dieser Vorlage «kaum tragen können». Die Verbandsspitze von Hotellerieuisse hatte dagegen die Ja-Parole beschlossen, da es keine Alternative zu einem wirksamen Klimaschutz gebe. Auch aus dem Detailhandel waren unterschiedliche Stimmen zu vernehmen.

Die Befürworter in der Wirtschaft scheinen insgesamt mehr Gewicht auf die Waagschale zu bringen. Ein Pro-Komitee, dem laut eigenen Angaben rund 200 Unternehmen und Verbände angehören, legt diesen Montag den Medien seine Argumente vor. Besonders auffällig: Das Komitee macht dies zusammen mit dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Dem Vernehmen nach gab es in der internen Ausmarchung eine «sehr eindeutige» Mehrheit

für die Ja-Parole von Economiesuisse. Zu den wichtigen befürwortenden Akteuren bei Economiesuisse zählen unter anderem Verbände der Branchen Chemie/Pharma, Banken, Versicherungen, Maschinenindustrie und Bau.

2017 war es noch anders

2017, im Vorfeld des Urnengangs über die «Energiesstrategie 2050», war das Bild noch weit weniger klar. Wegen der gewichtigen Opposition vor allem aus der Industrie hatte Economiesuisse damals auf eine Abstimmungsparole verzichtet. Die Veränderung in den Haltungen erklärt sich nicht nur durch Unterschiede in den beiden Vorlagen. Eine Rolle spielen laut Beobachtern auch die stärkere Sensibilisierung für den Klimawandel und die Wahrnehmung eines grösseren Aktivismus auch im Ausland.

Economiesuisse unterstützt nicht nur die Klimaziele bis 2030, sondern auch

das «Netto-Null-Ziel» des Bundesrats für den CO₂-Ausstoss von 2050. Der Wirtschaftsdachverband erachtet die vorliegende Revision des CO₂-Gesetzes trotz Kritik am Klimafonds und an der Flugbillett-Abgabe als Kompromiss und als «unabdingbaren Zwischenschritt zur Erreichung der Klimaziele». Nebst der Akzeptanz der Klimaziele dürften vor allem drei Faktoren die Unterstützung dieser Vorlage durch eine Mehrheit der Wirtschaftsakteure erklären:

■ **Honigtopf.** Die Vorlage bringt einen deutlichen Ausbau des Subventionstopfs. Für den geplanten Klimafonds ist laut Bund in normalen Jahren (ohne Pandemiebremse für die Luftfahrt) mit jährlichen Einnahmen durch vorgesehene Umweltafgaben von etwa 1 Mrd. Fr. zu rechnen. Diese geplante Subventionsmaschine ist zwar eine Einladung für Lobbyisten und für Geldverschwendung und stösst deshalb bei Anhängern

des volkswirtschaftlichen Lehrbuchs auf Kritik. Doch gleichzeitig wird damit die Vorlage im Sinn des politischen Lehrbuchs für manche Branchen attraktiver. Solche Branchen sind denn auch im Pro-Komitee der Wirtschaft stark vertreten. Dazu zählen Sektoren wie Bau, Umwelttechnik, Gebäudetechnik, Solarenergie und der ganze Beratungskuchen zu den Themen Umwelt und Energie.

■ **Image und Geschäftschancen.** Klimabewusstsein gehört heute auch in der Wirtschaft zum guten Ton. Es ist in Sachen Image günstiger, als Teil der Lösung statt als Teil des Problems wahrgenommen zu werden. Das Etikett «Nachhaltigkeit» bietet auch neue Geschäftschancen. Dies gilt nicht nur für die Industrie, sondern auch etwa für den Finanzsektor (der nun mit der Parole «nachhaltiger Finanzplatz» hauiert).

■ **Entlastung.** Die Gesetzesvorlage bringt Verbesserungen für gewisse direkt betroffene Unternehmen. Ein oft genanntes Element betrifft die Ausweitung der Möglichkeit für alle Betriebe zur Befreiung von der CO₂-Abgabe durch eine Vereinbarung mit dem Bund zur Senkung des CO₂-Ausstosses. Bisher war diese Möglichkeit auf gewisse Tätigkeiten beschränkt. Als Entlastung für Grossunternehmen gilt derweil die Teilnahme am Handelssystem für Emissionsrechte. Das Schweizer System ist seit 2020 mit dem EU-Handelssystem verknüpft.

Auch aus den energieintensiven Branchen wie etwa Zement, Stahl und Papierproduktion ist keine fundamentale Opposition zu vernehmen. Dies sagt Frank Ruepp, Präsident der Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen. Oft machen laut Ruepp die Energiekosten in diesen Branchen 15 bis 25% der Gesamtkosten aus. Ruepp begrüsst den Einbezug der Schweiz in den EU-Emissionszertifikate-Handel und den vorgesehenen Ausbau der Möglichkeit zur Befreiung von der CO₂-Abgabe durch Zielvereinbarungen. Eine offizielle Parole zur Abstimmungsvorlage werde die Interessengemeinschaft aber erst fassen, wenn der Entwurf des Bundesrats zur Umsetzungsverordnung vorliege. Denn die Verordnung müsse noch die bedeutende Frage der Zuteilung von Emissionsrechten klären.

WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH

V-Zug will aus dem engen Heimmarkt ausbrechen

Der neue Konzernchef Peter Spirig will dem Haushaltgerätehersteller Türen in Europa und Asien öffnen

DOMINIK FELDGES, ZUG

Der neue Chef des Haushaltgeräteherstellers V-Zug, Peter Spirig, sagt es unumwunden: Nein, in der Waschküche sei er nie. «Diese Aufgabe übernimmt zu 100% meine Frau.» Doch er stehe gern am Herd – zumindest am Wochenende.

Spirig stammt ursprünglich aus dem St. Galler Rheintal, wohnt mit seiner Frau und den drei schulpflichtigen Kindern mittlerweile aber in der Nähe von Zürich. Auch wenn die Familie eine gut ausgestattete Küche habe, sei sie nicht die allerneueste, unterstreicht der 47-Jährige. Schon gar nicht besitzt sie all die Finessen der Küche in der neuen Lounge, in der das Management der Firma am Sitz in Zug Gäste empfängt. Diese umfasst unter anderem einen riesigen Weinkühlschrank und ein – ebenfalls etwas überdimensioniert wirkendes – Induktionskochfeld, das extra über eine Vertiefung für Woks verfügt.

Jüngst hat V-Zug eine Art Superbackofen entwickelt. Der Combi-Steamer kann nicht nur garen, backen oder schmoren, sondern hat auch eine Grillfunktion und eine Mikrowelle. Noch sei er aber zu gross, räumt Spirig ein.

«Wir müssen es kompakter machen.» Mit einem solchen Gerät liesse sich viel Platz sparen, vor allem in kleinen Wohnungen asiatischer oder europäischer Metropolen.

Kunden wollen Nachhaltigkeit

Generell ist V-Zug wie alle Anbieter von Haushaltgeräten gezwungen, seine Geräte stets noch leistungsfähiger, bedienerfreundlicher und digitaler zu machen. Immer öfter sieht sich V-Zug laut Spirig auch mit Fragen zur Nachhaltigkeit konfrontiert. Konsumenten wollen genau wissen, wie viel Energie ein Gerät verbraucht und ob es repariert werden kann.

Wie viele Schweizer Unternehmen bemühte sich V-Zug schon früh, die Bilanz in Sachen Energie- und Ressourcenverbrauch zu verbessern. Die Traditionsfirma, deren Geschichte bis 1913 zurückreicht, ist auch stolz auf ihr gut ausgebautes hiesiges Servicenetz. Anders als die meisten Apparatehersteller aus der Schweiz hat V-Zug indes bis heute das Exportgeschäft nur wenig vorangetrieben. Auch im vergangenen Jahr betrug der Anteil der Auslandsgeschäfte am Konzernumsatz von 569 Mio. Fr. erst knapp 12%.



Peter Spirig
Chef von V-Zug

Dank einer starken Stellung im Heimmarkt, der obendrein seit Jahren von einer günstigen Baukonjunktur profitiert, konnte es sich das Unternehmen lange leisten, auf eine internationale Expansion zu verzichten. Wie hoch der Marktanteil in der Schweiz ist, will Spirig nicht verraten. Er sagt aber immerhin, dass er «deutlich zweistellig» sei.

Der Konzernchef, der sein Amt im vergangenen September zwei Monate nach dem Börsengang und der Abspaltung der Firma von der breiter aufgestellten Industriegruppe Metall Zug übernahm, will nun das Wachstum ausserhalb der Schweiz forcieren. Aus seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit bei der Arbonia-Gruppe, wo er bis zu seinem Wechsel zu V-Zug die Division Türen leitete, sowie bei Franke

(Ausrüster unter anderem von professionellen Küchen) und beim Zementhersteller Holcim bringt er langjährige Erfahrung im Exportgeschäft mit. Als Manager bei Franke lebte Spirig mit seiner Familie fünf Jahre lang in Hongkong. Zuvor hatte er gut vier Jahre als Länderchef für Holcim in Sri Lanka gearbeitet.

Im Wettbewerb mit den Grossen

Bis anhin ist V-Zug in Asien primär in den drei Metropolen Hongkong, Singapur und Peking aktiv. Doch auch in Europa sollen verstärkt kaufkräftige Konsumenten in grossen Städten auf den Geschmack der Apparate von V-Zug gebracht werden. Erfahrungen besonders aus Deutschland bestärken Spirig, es im Hochpreissegment auch mit bekannten internationalen Wettbewerbern wie Miele und Gaggenau (gehört zur Bosch-Gruppe) aufzunehmen. «Die Kunden vertrauen uns», sagt er.

Im Rahmen eines mehrjährigen Um- und Neubauprojekts an seinem Hauptsitz reorganisiert und modernisiert das Unternehmen weite Teile seiner Produktion. Als Folge dieser umfangreichen Investitionen wird in den nächsten Jah-

ren der Bedarf an Abschreibungen stark zunehmen. Diese Belastung müsse durch Verbesserungen bei der Produktivität aufgefangen werden, sagt Spirig und gibt damit auch den Tarif an die rund 2000 Mitarbeiter der Gruppe durch.

ANZEIGE

swa
Swiss Auditors

Kompetent, erfahren und kundenorientiert: die junge Prüfgesellschaft für Banken, Wertpapierhäuser und Vermögensverwalter. Mit Mehrwert.

SWA Swiss Auditors AG
8808 Pfäffikon SZ, T 055 415 54 70
info@swa-audit.ch, www.swa-audit.ch